

Bezugspreis: Einzelheft 12.- M., monatlich 36.- M., drei Monate 108.- M., vierteljährlich 144.- M., halbjährlich 288.- M., jährlich 576.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die neugegründete Anzeigenzeile kostet 6.- M. „Kleines Anzeigen“ das letzte Heft ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97 Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 4. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Dominicus warnt die Orgelesch!

Breslau, 4. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Breslauer Polizeipräsident, Geheimrat Regierungsrat Liebermann, wurde bekanntlich vor einiger Zeit auf Drängen unserer Partei zur Disposition gestellt. ...

auf direkte Anweisung des preussischen Innenministers Dominicus verfaßt hätte und nur um den Minister zu decken, sein Schreiben geheim und vertraulich versandt hätte. ...

Bayerns USP. zur Koalitionsfrage.

Die unabhängige Münchener „Morgenpost“ bringt, wie unser Münchener Mitarbeiter uns drahtet, in ihrer heutigen Ausgabe einen Aufsatz des ehemaligen Sozialministers Unterleitner, in dem dieser eine aktive Koalitionspolitik der Partei verlangt ...

- 1. Der Eintritt in eine Regierung mit republikanischen bürgerlichen Parteien ist keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der Taktik. 2. Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Situation erfordert einen starken Einfluß der Arbeiter auf die Regierungsgewalt.

Des weiteren schreibt Unterleitner: Die Gegenwart verlangt von uns in Deutschland im Interesse der Arbeiterklasse, daß wir die stark gefährdete Republik schützen, daß wir die deutsche Arbeiterklasse vor dem wirtschaftlichen Untergang retten. ...

Ein englisches Arbeitslosengesetz.

London, 4. Oktober. (G.E.) Die Besprechungen zwischen Lloyd George und Hilton Young über die Lösung der Arbeitslosenfrage dauerten auch gestern den ganzen Tag fort. ...

Lloyd Georges Beratungen.

London, 4. Oktober. (W.Z.) Wie die Blätter melden, wird Lloyd George nach seiner heutigen Rede in Innenrat nach London reisen und dort morgen früh eintreffen. ...

„Daily Chronicle“ zufolge wird anerkannt, daß eine dauernde Lösung des Arbeitslosenproblems von der Wiederherstellung normaler internationaler Handelsbeziehungen abhängig sei. ...

sei darauf hingewiesen worden, daß der Frieden im nahen Osten eine der Vorbedingungen für die Besserung der Währungen und für das Wiederaufleben des Handels sei. ...

Internationale Finanzkonferenz in Paris.

Paris, 4. Oktober. (G.E.) Die internationale Handelskammer wird am 7. Oktober in Paris zusammentreten. ...

Begegnung Loucheur-Rathenau.

Paris, 4. Oktober. (G.E.) Nach einer Meldung des „Journal“ werden Loucheur und Rathenau endgültig am 6. Oktober zusammentreffen. ...

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich am Dienstag in vertraulicher Sitzung mit dem „Wiesbadener Abkommen“ Rathenau-Loucheur. ...

Der Kampf um den Achtstundentag.

Auf der Tagesordnung der heutigen Landtags-Sitzung steht die zweite Beratung des Haushalts für Handel und Gewerbe. ...

Auf Antrag Kay (Komm.) wird eine große Anfrage der Kommunisten über die Vorgänge in den Häfen der Farbwärter als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. ...

Frau Ludwig (Komm.): Für die jugendlichen Arbeiter gibt es noch heute keinen Achtstundentag. Die Geldstrafen für die widerrechtliche Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren sind so lächerlich niedrig, daß sie geradezu zur Ausbeutung der Kinderarbeit ermutigen. ...

Vollstimmung in Vermont. Ueber die Frage, ob der Kreis Vermont sich Preußen anschließen soll, findet am 9. Oktober in Vermont und den Dörfern eine Volksabstimmung statt. ...

Deutsche Völkerbundspolitik.

S. Genf, 4. Oktober 1921.

Das neue Deutschland hat sich zu der Idee des Völkerbundes bekannt. Man merkt aber unserer auswärtigen Politik noch wenig davon an. Denn die reine Negation des jetzigen Völkerbundes hat noch keinerlei positiven Wert. ...

Es hat Zeiten gegeben, wo man sich in der Arbeiterschaft dagegen sträubte, an den Wahlen zu einem reaktionären Parlament oder an der staatlichen Sozialversicherung teilzunehmen. ...

Was hätte ein Antrag auf Zulassung geschadet, selbst wenn er abgelehnt worden wäre? Die Welt hätte ihn als Beweis guten Willens anerkennen müssen, und wir forderten sozusagen nur unser gutes Recht, dessen Verletzung moralisch nicht uns getroffen hätte. ...

Unser Fehlen in Genf ist wieder ein Abschnitt in dem leider so langen Kapitel der veräumten Gelegenheiten. Und wenn wir wenigstens inoffiziell irgendwelche Fühlung dort unterhielten? ...

Sehr oft auch werden unsere Interessen in Genf bloß deshalb übersehen, weil wir nicht da sind, sie zu vertreten. Wer sollte das tun, wenn wir selbst es nicht einmal für der Mühe wert halten? ...

Nachricht der Redaktion: Wir sind mit dem Verfasser der Ansicht, daß Deutschland seine Aufnahme in den Völkerbund anstreben muß. Wir sind mit ihm einer Meinung.

wenn er von den Wirkungsmöglichkeiten Deutschlands innerhalb des Völkerbundes spricht. Wir weichen aber von ihm ab, wenn er einen Ausnahmeartrag um jeden Preis befürwortet. Eine gewisse Klärung der Verhältnisse halten wir vorerst für notwendig. Hier stehen wir noch immer in ersten Anfängen. Sollten sich bei Zusammenritt der nächsten Session die Gewitterwolken verzogen haben, dann wird man sich über die Frage ernstlich zu unterhalten haben.

Antwort an Hindenburg.

Wie wir bereits mitteilten, hat Hindenburg sich berufen gefühlt, von neuem die Dolchstoßlegende aufzuwärmen. Im „B. L.“ antwortet darauf der Major a. D. Deutelmöser, der ehemalige Direktor der Nachrichtenabteilung der D. H. L., in einem Artikel, der sich zwar nicht direkt als Antwort auf Hindenburg zu erkennen gibt, zweifellos aber als solche zu werten ist. Der Artikel trägt die Überschrift „Das Sprengmittel“ und beginnt mit den Worten:

Die Behauptung, das tapfere deutsche Heer sei von der eigenen Heimat rücklings erdolcht worden, ist noch vor dem Abschluß des Krieges in dem damals feindlichen Ausland entstanden. Sie war also zweifellos darauf berechnet, uns zu schaden, und andere Folgen hat sie denn auch in der Tat bisher nicht gehabt. Unter den vielen Sprengmitteln zur Zerstörung der deutschen Eintracht zeichnet sie sich durch besondere Wirksamkeit aus.

In sachlicher Weise legt dann Deutelmöser die Unhaltbarkeit der Dolchstoßlegende dar und weist sehr nachdrücklich auf die ungeheure Opferwilligkeit der Heimat hin, die erst zusammenbrach, als ihr der Krieg die letzte Kraft entzogen hatte. Gerade ihre nimmer ermüdende Treue, so führt Deutelmöser aus, sollte der Heimat verhängnisvoll werden:

Unerschütterlich fest steht die Tatsache, daß das deutsche Volk seinem Heer und insbesondere dessen oberster Leitung blindlings vertraut hat, bis es einsehen mußte, welches Unheil die Menschenvergötterung ist. Seine Heerführer waren Soldaten. Staatsmänner waren sie nicht. Deutschland aber hat ihnen dennoch die Fähigkeiten zugesprochen, deren der Staatsmann bedarf.

In diesem Zusammenhang müssen wir allerdings Herrn Deutelmöser an eines erinnern: als genau der gleiche Gedankengang, den er hier ausführt, während des Krieges in einem Artikel des „Vorwärts“ zum Ausdruck gebracht war, wurde dieser Artikel von der Militärzensur schwer beangelt. In dem Artikel stand nichts weiter, als daß Hindenburg bei aller Anerkennung seiner strategischen Fähigkeiten zur politischen Führung nicht berufen sei, da er von den politischen Dingen nicht genug wisse und naturgemäß auch nicht wissen könne. Diese Wahrheit wollten sich die Herren Militärs während des Krieges nicht sagen lassen. — Sein Endurteil über die Dolchstoßlegende formuliert Deutelmöser in folgenden Sätzen:

Mit vollem Recht ist der Dolchstoßlegende der Einwand entgegengehalten, daß die Heimat überrascht und entsetzt war, als plötzlich nicht etwa die politische Reichsleitung, sondern die Heeresleitung erklärte, der Krieg sei verloren. . . Der deutsche Zusammenbruch kam erst im Anschluß an die Verkündung der völligen Niederlage. Mangel an politischer Einsicht hatte dahin geführt, die deutsche Gesamtkraft mit rein militärischem Augenmaß abzuschätzen und sie daraufhin bis über die Grenze des Möglichen anzuspannen. Derselbe Mangel war es dann auch, der die politische Wirkung verkennen ließ, die sich aus dem unerwarteten, aller Welt sofort bekanntgemachten Eingeständnis der militärischen Enttäufung ergeben mußte.

So konnte die Dolchstoßlegende von Deutschlands Gegnern als neue politische Waffe zunächst erfolgreich angewandt werden. Wahr an ihr ist, daß Heer und Heimat einander gerade da, wo der Schwerpunkt lag, in Irrtümern überboten haben. Mehr zu behaupten, heißt die Geschäfte des Feindes besorgen.

Die letzte Wendung mag für Hindenburg hart klingen, aber ihre tatsächliche Berechtigung kann niemand bestreiten.

Zwei Flaschen.

Von Henni Lehmann.

Die Dinge haben Stimmen. Ich lausche gern, wenn sie reden. Gestern am späten Abend ging ich in den Keller, in dem allerlei Rötiges und Ueberflüssiges aufbewahrt wird.

Zwei Flaschen standen zusammen in einer Ecke. Die eine schlank und lang, von grünlichem Glase. Sie war leer. Ein edler weißer Wein mochte einst darin gewesen sein. Dasgeblöb hing nach ein Eckchen eines Etikettes daran mit vergoldetem Streifen. Die andere vieredig, plump, kurzhaßig, aus starkem, trübem, bläulichen Glase geformt. Sie war ein bißchen klebrig und bis hinauf zu dem dicken, sie verschlehten Korken mit Flüssigkeit gefüllt.

„Ich bin vornehm,“ sagte die schlank Flasche zu der andern. „Ich trug einen altherberühmten Namen mit Goldschrist auf meinem Etikett. Auf meinem Haupte über dem Korken lag eine Krone von Stanniol. Das ist eine Krone bei uns Weinsflaschen.“

„Ja, aber Sie haben einen Sprung,“ sagte die kurzhaßige Flasche. „Nun kann man nichts mehr in Sie hineintun. Sie sind unbrauchbar geworden.“

„Ja, aber vornehm bleibe ich darum doch, denn ich habe meine Vergangenheit. Vielleicht stellt man mich eines Tages wieder auf den Tisch, auch wenn ich leer bin. Eine Stanniolkrone kann man mir deshalb doch aufsetzen.“

„Ich bin nicht vornehm, ich bin nützlich,“ sagte die andere Flasche. „Ich bin bis zum Rande gefüllt mit Petroleum. Das gießt man in die Lampen, damit sie brennen. Wenn in mir kein Petroleum wäre, dann bliebe es hier im Hause dunkel.“

„Ich weiß nicht, wofür die viele Helligkeit den Menschen gut ist,“ meinte die Weinsflasche. „Es ist ebenso gut, wenn die Masse im Dunkeln bleibt.“

„Sie sind ein Reaktionär.“

„Und Sie sind ein Proletarier. Zudem riechen Sie nicht gut.“

„Ich rieche nach Arbeit und Sie riechen nach Genuß. Auch bin ich lieber ein nützlicher Proletarier, als ein zerbrochener Vornehmer,“ rief die Petroleumflasche energisch und grab.

In diesem Augenblick kam eine Frau in den Keller. Sie trug eine Küchensampe, deren Behälter sie aus der Petroleumflasche füllte. Dann hob sie die gefüllte Lampe in der Linken, ergriff mit der Rechten die Weinsflasche und sagte:

„Wozu steht die zerbrochene Flasche noch hier im Wege? Man kann doch nichts mehr mit ihr anfangen.“ Und sie trug sie hinaus auf den Kehrstrich.

„Das kommt davon, wenn man nur vornehm und nicht nützlich ist,“ rief die Petroleumflasche ihr nach.

„Sie haben keine Pistät,“ rief die Weinsflasche vom Kehrstrich her zu.

Ehrhardt verbittet sich . . .

Der aus den Kapp-Tagen rühmlichst bekannte, steckbrieflich verfolgte Hochverräter Ehrhardt hält es für geschmackvoll, aus seinem sicheren Versteck heraus wieder einmal die Augen seiner Landsleute auf sich zu lenken. Die „München-Augsburger Abendzeitung“, eine der führenden deutschmonarchistischen Blätter Bayerns, die auf ihre Verbindung mit Landesverrätern und Verbrechern offenbar besonders stolz ist, veröffentlicht heute eine Zuschrift Ehrhardts, in der dieser erklärt, daß er „nach dem mißglückten Kapp-Putsch keinerlei Bedürfnis“ habe, sich „noch einmal an solchen unvorbereiteten Plänen zu beteiligen. Ich persönlich“, so heißt es, „habe vielleicht am meisten von den daran beteiligt gewesen Personen an den Folgen dieses verunglückten Putsches zu leiden.“ Ehrhardt ist inzwischen — nach dem Muster des gebrannten Kindes — zu der Ansicht gekommen, daß es ein Verbrechen an der Nation sei, „jetzt, wo es möglich sei, unsere Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten, durch einen Gewaltakt vernichtend in diesen Prozeß einzugreifen.“ Kindisch im höchsten Grade ist der vierte Punkt seiner Erklärung, der lautet:

Die Einschätzung meiner Person: „Putschist, ganz gleich, ob dabei das Vaterland in Scherben geht“, verbitte ich mir. Ich habe seinerzeit aus tiefer Ueberzeugung, dem Vaterland zu helfen, den Kapp-Putsch mitgemacht. Ich habe daraus meine Lehren gezogen. Man mag mich noch so verfolgen und beugen — niemals werde ich etwas unternehmen oder zu etwas die Hand bieten, was unserm Vaterlande und unserm Volke zum Schaden gereichen würde.

Der Hochverräter Ehrhardt wird mit dieser Versicherung wenig Glauben finden, hat er doch vor anderthalb Jahren durch seine verbrecherische Handlungsweise den ausreichenden Beweis erbracht, daß er das Wohl des Landes im Interesse einer kleinen Clique pflichtvergessener Offiziere und verrannter Politiker zu zertrümmern bereit war.

Der sechste Punkt seiner Erklärung enthält eine Würdelosigkeit, wie man sie selbst von den Kapp-Verbrechern nicht hätte erwarten sollen. Er lautet:

Einen Fingerzeig für die Regierung: „All die Männer, die fern der Heimat leben, sehnen sich nach ihr zurück und nach friedlicher Arbeit. Beshalb gewährt man es ihnen nicht, wo sonst soviel an mannestiert wird? Die Sorge um ihr Tun und Treiben wäre damit gegenstandslos.“

Ehrhardt hätte sich diese beschämende Bittelsparaten sparen können; wir wollen ihm ein Mittel nennen, wie er auch in Deutschland zu friedlicher Arbeit zurückkehren kann: er möge soviel „Offiziersmüt“ aufbringen, endlich aus seinem Versteck, das sich sicherem Vernehmen nach in Tirol befindet, hervorzukommen und sich dem deutschen Reichsgericht zu stellen. Nach Abbüßung seiner Strafe wird ihm kein Mensch in Deutschland verwehren, sich auf dem Gebiete der friedlichen Arbeit die Vorbeeren zu erringen, die er durch seinen schmachvollen Hochverrat nicht erworben hat.

Beschleunigte Justizreform.

Verstärkung und Demokratisierung der Laienjustiz.

Aus dem Reichsjustizministerium erfahren wir:

Der Wunsch, an der Rechtsprechung der Strafgerichte Laien in weit größerem Umfange als bisher zu beteiligen, erscheint berechtigt und so dringlich, daß er schleunigst und noch vor der Durchführung der großen Prozessreform erfüllt werden muß. Dabei kommt es darauf an, daß einerseits der Kreis der Personen, die zur Mitwirkung an der Strafrechtsprechung berufen sind, andererseits der Kreis der Gerichte, bei denen eine solche Mitwirkung stattfindet, möglichst erweitert wird. Diese Erwägungen haben schon vor einiger Zeit dahin geführt, die Tagegelder der Schöffen und Geschworenen zu erhöhen, um dadurch allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung, namentlich der Arbeiterschaft, die Teilnahme an der Rechtsprechung mehr als bisher zu ermöglichen. In gleicher Richtung bewegt sich ein zurzeit dem Reichsrat vorgelegter Gesetzesentwurf, wonach den von den Selbstverwaltungskörpern in den Ausschuss für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen entsandten Vertrauensmännern Tagegelder gewährt werden sollen. Ein Gesetzesentwurf, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und Geschworenenamt eröffnet, liegt, wie bekannt, bereits

dem Reichstage vor. In Vorbereitung befindet sich ein Gesetzesentwurf, der eine Umformung der Strafgerichte bringt. In den Sachen, in denen bisher die ausschließlich mit Berufsrichtern besetzten Strafkammern urteilen, sollen künftig Schöffen mitwirken. Außerdem soll in diesen Sachen, ebenso wie es schon heute gegenüber den Urteilen der Schöffengerichte der Fall ist, die Berufung zugelassen werden und auch die Berufungsgerichte sollen mit Schöffen besetzt werden. Die Wahl der oben erwähnten Vertrauensmänner soll künftig nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den Grundfragen der Verhältniswahl geschehen. Die Mitwirkung des Landgerichts bei der Aufstellung der Jahresliste der Geschworenen soll wegfallen; die Jahresliste soll vielmehr unmittelbar von dem zur Auswahl der Schöffen berufenen Ausschusse aufgestellt werden.

Auf dem Gebiete des materiellen Strafrechts liegen zurzeit dem Reichsrat der Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes vor, der eine Erhöhung der Geldstrafhöhen, eine Ausdehnung des Anwendungsbereiches der Geldstrafe und im Zusammenhang damit eine wesentliche Einschränkung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen vorsieht. Beide Entwürfe werden voraussichtlich in kürzester Zeit im Reichsrat zur Beratung gelangen. In der Ausarbeitung begriffen ist ferner ein Entwurf, der die positiven Strafvorschriften des geltenden Strafgesetzbuchs den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen anpaßt. Dabei wird auch auf einen wirksameren Schutz der verfassungsmäßigen Staatsform und ihrer Repräsentanten Bedacht genommen werden.

Neben diesen Gesetzesentwürfen geben die Arbeiten an der allgemeinen Reform des Strafrechts weiter. Der im Anfang dieses Jahres veröffentlichte Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch hat Anlaß zu einer Reihe mehr oder minder eingehender Kritiken gegeben; gleichzeitig sind die Landesregierungen ersucht worden, zu den Vorschlägen des Entwurfs Stellung zu nehmen. Die Ergebnisse der öffentlichen Kritik und die Äußerungen der Landesregierungen werden die Grundlagen für die Aufstellung der Regierungsvorlage bilden, die mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden wird.

Im „Vorwärts“ ist seit der Revolution der Gedanke vertreten worden, daß für die Reform der Rechtspflege nicht erst die sehr langsam reisenden „großen“ Justizreformen abgewartet werden durften, sondern die schlimmsten Mängel der bisherigen Rechtsprechung durch sofortige Notgesetze beseitigt werden müssen. Wir begrüßen es, daß dieser Standpunkt sich endlich auch bei den leitenden Stellen durchgesetzt hat, wobei sich leider die Bemerkung nicht zurückhalten läßt, daß der Justiz manche schlimme Minderungen ihres Ansehens erspart geblieben wäre, wenn mit den nötigen Notmaßnahmen früher begonnen worden wäre. Die Demokratisierung des Schöffen- und Geschworenenwesens könnte zwar unseres Erachtens noch vollkommen durchgeführt werden; immerhin ist hier ein Weg begangen, auf dem schon erste unvollkommene Schritte Erfolge zeitigen können. Besonders begrüßen wir es, daß die Ausdehnung der Geschworenenbanken durch die Landgerichte endlich in Fortfall kommen sollen. Diese Einrichtung war — namentlich in den agrarischen Gegenden Pommerns und Ostpreußens schon ein öffentlicher Skandal geworden. Uns sind Dutzende von Fällen bekannt, wo in einer Spruchliste von 30 Geschworenen 15 bis 25 Großgrundbesitzer, dagegen 0 bis 1 Arbeiter aufgeführt waren. Solch einseitige Auslese wird nun hoffentlich verschwinden. Besonders zu begrüßen ist die Einführung des Laienlements bei den Strafkammern und die Zulassung der Berufung gegen Strafkammerurteile, ebenso die Zulassung der Frauen zum Laienrichteramte. Doch bleibt die völlige Gleichberechtigung der Frau auf dem Gebiet der Justiz noch durchzuführen. Erfreulich ist schließlich auch, daß das Strafgesetzbuch endlich unter dem Gesichtspunkt der neuen Staatsform umredigiert wird. Es ist wirklich mehr als ein Schönheitsfehler, daß z. B. der Majestätsbeleidigungsparagraph des Strafgesetzbuches formell noch immer zu Recht besteht. Alles in allem möchten wir wünschen, daß die Notreform, wie wir sie nennen wollen, ihrer Dringlichkeit entsprechend in kurzer Zeit verwirklicht werde.

Es schien mir doch, als sei es eine tiefe Weisheit, daß man leere unbrauchbare Dinge auf den Kehrstrich wirft, auch wenn sie noch so vornehm sind, und ich meine, man sollte öfter danach handeln. Deshalb habe ich dies Erlebnis wiedererzählt.

Es ist ganz gut, wenn man die Stimmen der Dinge versteht. Man kann allerlei dabei lernen, auch wenn es nur zwei alte Flaschen sind, die sich unterhalten.

Kammerspiele: „Der Hühnerhof“ von Tristan Bernard. Nicht nur der Publikumsgeschmack, auch die anscheinend noch immer zunehmende Unfruchtbarkeit der deutschen Bühnenproduktion spiegelt sich symptomatisch in der Hochstut von Parisier Schwänken wieder, die jetzt die Berliner Theater überschwemmt. Aber wenn schon die Konjunktur auf dem dramatischen Markte zu solchem Massenimport zwingen sollte, ist das keine Entschuldigung dafür, daß ein Unternehmen vom Range und den Traditionen der Kammerspiele des Bernardische Produkt serviert, das ohne Spur von Geist und Laune die nun mal herkömmlichen Schwanktrivitäten bis zu schmuddeliger Unappetitlichkeit treibt. Das es möglich ist, bessere Sachen zu finden, die zum mindesten in Einzelwendungen charakteristisch amüsante Drozierien bieten, zeigte dieser Lage erst die Schwankaufführung in dem Kleinen Schauspielhaus.

Der bequem gewordene Don Juan, der sich vor dem Ansturm weiblicher Verehrerinnen retten möchte und doch mit saurerfüllter Miene immer wieder darauf hereinfällt — dieses im „Koncert“ der samsonischen Kunst so überlegen humoristisch variierte Thema — dient hier als Stichblatt für großschalchtig triffe, sogar mit ärztlichen Gesundheitsratellen hantierende Späße. Der saubere Lebemann, der nach der Heirat mit einem jungen, erst sehr präden Mädchen sich daraufhin gleich zwei neue Verhältnisse zugelegt hat, schießt vor den übertriebenen Ansprüchen der beiden Damen zu seiner Frau aufs Land, sich zu erholen und kommt dort, wider Erwarten, mit stürmischer Wertschätzung empfangen, vom Regen in die Traufe. Ein Kuddelmuddel legitimer und illegitimer Galanterien zieht vorüber. Die Szenen bleiben hinter den Verheißungen des geschmackvollen Titels nicht zurück. Von den Darstellern wären besonders Margarethe Christians, die der jungen Frau bei allen Brutalitäten doch einen feineren Charm zu wahren wußte, und Hermann Thimig's glänzendster, mit erprobterem Verliebtheit geladener Junggeselle zu nennen. Der schwache Beifall nach dem letzten Akte läßt sich vielleicht dahin deuten, daß diese grobe Spektakel denn doch das Publikum zu niedrig eingeschätzt hat.

Literatur im Markenbild. Iwan Wajoff, der am 21. Dezember verstorbenen Nationalpoet Bulgariens, durfte sich der seltenen Auszeichnung rühmen, daß nach während seines Lebzeiten eine Serie von Briefmarken von der bulgarischen Postdirektion ausgegeben wurde, die bestimmt war, sein literarisches Lebenswerk im Gedächtnis des Volkes zu erhalten. Wajoff, der in seinem 71. Lebensjahre starb, hatte seine literarische Laufbahn 1870 begonnen, und die in Bulgarien im Oktober vorigen Jahres herausgegebenen Marken waren als Festgabe zu seinem 50jährigen Schriftstellerjubiläum gedacht. Es waren sechs Marken. Auf der 30-Stotinki-Marke sieht man den Hof von Wajoffs Haus mit dem Fichtenbaum, der ihm

die Anregung zu einem seiner bedeutendsten Gedichte gegeben hat. Weiterhin bemerkt man auf der Marke eine alte Kanone aus Kirsholz, die Wajoff in seiner Erzählung „Unter dem Joch“ beschrieben hat. Die 50-Stotinki-Marke zeigt das Bild des Helden seines Romans „Hycow“. Die 1-Lena-Marke weist Porträts des Dichters aus den Jahren 1870 und 1920 auf, die 2-Lena-Marke bringt ebenfalls ein Bild des Dichters aus neuerer Zeit, die 3-Lena-Marke stellt ein altes Haus in Plovdiv und seine letzte Wohnung in Sofia dar. Der höchste Markenwert, die 5-Lena-Marke, zeigt seinen „Apostel“, den König Pasi und dessen Ausspruch: „Von Stund an hat das bulgarische Volk eine Geschichte und wird eine Nation.“

Der Kampf gegen die Schundliteratur kann nur von durchschlagendem Erfolg begleitet sein, wenn sich an ihm außer den Behörden und Schulen auch die Eltern beteiligen. Die nötige Aufklärung dafür finden die Eltern in Heft 18 der Zeitschrift „Der Elternbeirat“ (Verlag Berlin SW. 68, Preis 1,50 M.). Dieses Heft unterrichtet nicht nur über den augenblicklichen Stand des Kampfes gegen die Schundliteratur, es gibt auch ein ausführliches Verzeichnis schlechter und guter Lektüre für die Jugend.

Interessant dürfte es sein, daß in diesem Heft auch der Schule der Vorwurf gemacht wird, daß sie dem Bedürfnis der Jugend nach Schundliteratur den Boden bereitet. Wenn sie ihre Tätigkeit anders einstellen würde, dann hätte die Jugend gar kein Bedürfnis nach Schundliteratur. Wenn die Schule Spannungen auszulösen versteht, würde der Jugendliche nicht nach so gefährlichen Mitteln, wie sie in der Schundliteratur gegeben sind, greifen. Uebrigens hat auch bereits ein Teil unserer Jugendlichen den Kampf selbst aufgenommen. Wie das geschieht, zeigt ein Aufsatz eines Jugendlichen.

Am 2. Konzert der Volkshöhne. Sonntag 2. Okt., vorm. 11¼ Uhr, im Theater am Ballonplatz, werden die Kammerängerin Julia Wajoff-Gmeiner und der Kammeränger Prof. Wajoff-Fischer Geber und Duette von Schubert und Schumann vortragen.

Psychotechnische Veranstaltungen. Der Deutsche Verband für das kaufmännische Bildungswesen gibt vom 5.—8. Okt. d. J. im „Orga-Institut für Arbeitswissenschaft und Psychotechnik“, Friedelstr. 154, einen psychotechnischen Informationskurs. — Ein psychotechnischer Lehrgang wird vom 5.—15. Okt. an der Technischen Hochschule Charlottenburg in der „Arbeitswissenschaft“ abgehalten.

Permanenz der Chpauer Katastrophe. Aus einem Bericht des Reiches astronomischen Observatoriums an die französische Akademie der Wissenschaften geht hervor, daß die am Tage der Chpauer Katastrophe aufgenommenen Diagramme leichte Krümmungen aufwiesen. Sie entsprechen einer atmosphärischen Depression, die unabweisbar trotz der weiten Entfernung durch die Explosion in Dppau hervorgerufen wurde.

Hilfe für die Schriftsteller — der Schweiz. Der schweizerische Bundesrat hat aus dem Fonds gegen die Arbeitslosigkeit der gelittenen Arbeiter, der anderhalb Millionen Francs beträgt, dem Schweizerischen Schriftstellerverein 100 000 Francs zukommen lassen.

Schadens Schiff in Genes. Das Fahrzeug, mit dem Skafelon seine Forschungsreise in das antarktische Meer unternimmt, ist auf der Höhe von Kap Horn von einem Sturm erfaßt worden und hat um Hilfe gebeten. Ein Schlepper U von Bissau zur Unterstützung abgegangen.

Der Görlitzer Beschluß.

Von links her kommen brave Leute und schlechte Musikanten, die „Jestficken“, unser Görlitzer Koalitionsbeschluß sei nur eine taktische Raffinesse, um mit der Deutschen Volkspartei zusammenzugehen zu können. Im Pressedienst der Deutschen Volkspartei lesen wir heute, daß unsere taktische Wendung nur den Zweck gehabt habe, mit den Unabhängigen anzubündeln. Man sollte unsere Beschlüsse doch weniger zitieren und mehr lesen. Sie sind so eindeutig, daß wir zu ihrem allgemeinen Verständnis keine Wahrfager benötigen, die politischen Kaffeefisch suchen, um in ihm die Zukunft zu erkennen.

Die Oppauer Katastrophe.

Kann die Schuld festgestellt werden?

Ueber die Katastrophe in Oppau berichtet unser dort weilender FD-Berichterstatter: Nach Ansicht der Arbeiterklasse des Werkes ist die Mischauszapparatur in Oppau nicht richtig gehandhabt worden. Auch betrafte man den neuen Transportweg des Fertigfabrikates mit Mistrauen. Früher wurde das Ammoniumsulfat mittels Laufriemen und Schneedengang in den Silo transportiert, und war auf diesem Wege des Transportes gut erkalte, bis es zum Silo kam. Aber diese Art des Transportes wurde der Direktion zu teuer, weil sie zur Bedienung des Laufbandes 2 Mann gebrauchte. Vielleicht ging es ihr auch zu langsam. Deshalb ging man dazu über, sogenannte Spritzköpfe in den Silo einzubauen, und es wurde von da an der Ammoniumsulfatpfeiler in einer Temperatur von 65 Grad durch Preßluft in den Silo hineingespritzt, so daß er wie Schnee in den Silo einfiel. Dadurch entstand eine gewaltige Verstaubung, so daß der Silo aussah wie eine Gießerschmelzschmelze. Dieser Staub war sehr explosiv, was sich durch Zufall dadurch erwies: Als ein Arbeiter einmal in Unachtsamkeit einen noch glühenden Zigarettenstummel fortwarf, entstand sofort in ähnlicher Weise wie beim Schießpulver eine Explosion und es kam eine hohe Stichflamme zum Vorschein, die in Hoft von den Arbeitern gelöscht wurde. Durch das von der Werkleitung eingeführte Afford- und Prämiensystem wurde nach Ansicht der Arbeiter die Mischung des Ammoniumhydrats mit Salspeter nicht mehr so exakt und vorsichtig ausgeführt wie früher. Es kam ja bei diesem Afford- und Prämiensystem ganz und gar darauf an, eine möglichst hohe Fabrikationsleistung zu erzielen. Es wird behauptet, daß sich die Betriebsleitung sogar verhalten ließ, das in der Kriegszeit zu Explosionsstoffen verwendete Ammoniumhydrat ohne Vermischung mit anderen Sicherungssubstanzen in den Silo einzuspritzen.

Es ist bekannt, daß in der Nacht vor der entsetzlichen Explosion die im Silo beschäftigten Arbeiter die Wahrnehmung machten, daß sich im Silo Gase angesammelt hatten, die wie Nebel im Raume lagerten, und die Arbeiter in ihren Atmungsorganen so beängstigte, daß einige krank und unwohl wurden und glauben, nicht weiterarbeiten zu können und die Schicht unterbrechen wollten. Der Vorarbeiter empfand selber in hohem Maße diese Beängstigung, aber treu seiner Arbeit empfahl er den unwohl werdenden Arbeitern zuweilen in die Luft zu gehen, um dann wieder frisch weiterarbeiten zu können. Ueberhaupt scheint die Rivalität unter den Vorarbeitern eine große und nicht ungefährliche Rolle gespielt zu haben. So wurde mir glaubhaft folgendes erzählt:

Es waren in Oppau zwei Sprengmeister beschäftigt, die die Funktion hatten, das gesprengte und wie Fels erhärtete Fertigfabrikat des Ammoniumsulfatpfeilers in transportable Blöcke zu sprengen. Der eine Sprengmeister, sagen wir, der 1. Sprengmeister, soll in seinen Handlungen sehr vorsichtig und bedacht auf die Arbeiter gewesen sein, so daß er größere Blöcke probierte und auf ihre Explosivkraft untersuchte. Aber der 2. Sprengmeister wird mit allgemein als ein Streber geschätzt, der freilich von dem 1. Sprengmeister ausgebildet worden war, aber doch in jeder Weise seinen Bekehrern zu übertreffen suchte. Er soll sich gerühmt haben, daß er mit 3 Sprengschüssen ebensowohl erziele, als der 1. Sprengmeister mit 25-30 Schüssen, und er soll sogar dem 1. Sprengmeister den Vorschlag gemacht haben, seine Aufsehen erregenden Schußleistungen zu photographieren. Nach am Explosionsstages hatte er frühmorgens einen Vorarbeiter eingeladen, die Sprengwirkungen mit anzusehen. Dieser aber lehnte ab, mit dem Bemerkten, er habe keine Zeit. Er ging seiner Wege, und kaum 10 Minuten später erfolgte die furchtbare und bisher einzig in der Welt dastehende Explosion.

Nach meiner Ansicht hat die Untersuchung hier einzusehen. Die aufsehenerregende Schußleistung des 2. Sprengmeisters, der mit 2 bis 3 Schuß soviel leistete, wie sein Vorgesetzter mit 25-30 Schüssen, läßt vermuten: „Daß er nicht den ihm vorgeschriebenen Sicherheitsprengstoff benutzt hat, sondern einen Sprengstoff eigener Erfindung!“ Undes ist weiter zu vermuten, daß er zu seinen Sprengschüssen „Chlorstickstoff“ benutzt hat, den gefährlichsten Explosivstoff, den die Menschheit überhaupt kennt. Gelegenheit, sich diesen Sprengstoff eigener Erfindung herzustellen, hatte er genug, da in anderen Teilen der Werke Kupferchlorür in genügenden Mengen zur Gasreinigung benutzt wird. Nebenfalls scheint erwiesen zu sein, daß der 2. Sprengmeister das Geheimnis ungeheurer Sprengwirkungen kannte, die mit dem vorgeschriebenen Sicherheitsprengstoff kaum in dieser Weise herbeigeführt werden konnten. Und die Arbeiterschaft kombiniert so: Es ist probeweise, unermittelt Ammoniumhydrat gesprochen worden. Dieses hat ohne weiteres große Explosionskraft und der 2. Sprengmeister ist vielleicht bei seinen Sprengungen auf eine Ader dieses unermittelten Ammoniumhydrats gestoßen. Rebellen und Gase waren ja, wie bereits geschätzt, in überreichlicher Menge im Silo vorhanden. Durch die starke Initialzündung des geheimnisvollen Sprengpulvers des 2. Sprengmeisters wurde eine so starke Erhöhung herbeigeführt, daß das ganze Material im Silo explosionsreif wurde. Es geschah die erste Explosion, die sich im besonderen durch eine ungeheure Stichflamme bemerkbar machte. Und diese Stichflamme entzündete wieder den bis dahin für explosionsunfähig gehaltenen Ammoniumsulfatpfeiler, 4000 Tonnen Material, so daß es dann zur zweiten, nunmehr schrecklichen Explosion kam, die fast das ganze Werk und den Ort Oppau in Trümmer legte.

Ein Orgelführer entlassen. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei in Dresden teilt mit, daß das Gesuch des Leutnants von Brause um Entlassung aus der Landespolizei unter sofortiger Enthebung vom Dienst genehmigt worden ist. Sein Austritt mußte erfolgen, weil er Führer einer verbotenen militärischen Organisation war.

Die neuen Vorstehenden der kommunistischen Reichstagsfraktion. Die kommunistische Reichstagsfraktion zählt nach dem Austritt von Hoffmann und Däumig noch 18 Mitglieder. Bei der kürzlich vorgenommenen Wahl von zwei Vorstehenden gingen die Abgeordneten Barth und Koenen als Gewählte hervor.

Frankreich die zweitgrößte Militärmacht der Welt. Wie der Washingtoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ berichtet, steht amtl. Zahlen zufolge Frankreich mit einer aktiven Heeresstärke von 1.024.000 Mann an zweiter Stelle in der Welt, China an erster Stelle mit 1.370.000, Deutschland mit 1.000.000 Mann an dritter Stelle. Englands Heeresstärke beträgt 740.500 Mann, die Vereinigten Staaten kommen mit 1.400.000 Mann an vierter Stelle. Diese Zahlen sollen von der Washingtoner Konferenz im November erzählt werden.

Groß-Berlin

Was geht uns die Deckung an?

Eine Wählerversammlung in Berlin! Unser Redner schildert mit klaren Worten die Finanznot der Stadt und bekämpft, wie schwer dadurch jeder Entschluß wird. Die Stadt hat eine Ausgabe von 6 Milliarden. Vom Reich erhält sie 1,425 Milliarden als Anteil aus den Reichselafkommensteuern, mehr als 4 1/2 Milliarden muß sie versuchen, aus anderen Quellen zu decken. Nur wenn ordnungsmäßig gewirtschaftet wird, können Abne und Gehälter rechtzeitig ausgezahlt werden, nur dann können die Schulden, von denen der „rote“ Magistrat bereits 216 Millionen Mark bezahlt hat, weiter verringert werden, nur dann wird es gelingen, den Beweis von der Lebenskraft des neuen Berlin zu erbringen. Als der Redner nach weiteren Ausführungen unter dem Beifall der Versammlung seinen Vortrag beendet hatte, meldete sich in der Aussprache ein Kommunist.

„Der Redner“, so führte er aus, „hat immer von der Deckung gesprochen, und er hat uns Kommunisten den Vorwurf gemacht, daß wir leichtfertige Anträge stellen, ohne zu fragen, wo die Gelder herkommen. Was geht uns die Deckung an! (Lebhafte Zustimmung seiner Parteifreunde, lautes Lachen auf der Gegenseite.) Jawohl, was geht uns die Deckung an, wiederholte er mit Nachdruck. Man hat einmal von der Expropriation der Expropriateure gesprochen, d. h. von der Enteignung der Enteigner. Nehmt dem Besighenden alles weg, dann habt ihr die Deckung. Im übrigen

Große öffentliche Wählerveranstaltungen!

Heute, Dienstag, den 4. Oktober:

(soweit bisher noch nicht veröffentlicht)

Beamte und Angestellte der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden! Schöneberg: abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Chamisso-Schule, Barbarossaplatz. Referent: Hermann Lüdemann, M. d. L., Finanzminister a. D.

5. Kreis Friedrichshain: 8 Uhr in der Schulaula Petersburger Straße 4. Referent: Reichstagsabgeordneter Willi Steinkopf.

Beamte der blauen, Kriminai- und Schutzpolizei: 7 Uhr in der Pagenhofer Brauerei, Fidicinstr. 2/3. Referent: Legationsrat Dr. Walter Jechlin.

17. Kreis Nischdorf-Süd: 8 Uhr, Restaurant Heidekrug, Köpenicker Straße. Thema: „Die Republik und das Rote Haus.“ Referent: Stadtverordneter Ewald. (Nicht am 5. Oktober.)

Morgen, Mittwoch, den 5. Oktober:

1. Kreis Mitte (bisherige 1., 25., 27 und 36. Abt.): 7 Uhr in den Borussialäden, Uferstr. 6/7. Thema: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Referent: Stadtrat Kühne.

haben wir Arbeiter zu fordern und brauchen uns um die Deckung wenig zu kümmern. Aber ihr Scheinsozialisten habt keine Traute.“ Dann verlas er aus einer alten Nummer der „Kommunistischen Rundschau“ folgende Stelle: „Heute positive Steuerpolitik im Parlament treiben, bedeutet nicht nur, der Erhaltung des Machtinstrumentes des bürgerlichen Staates gegen die Arbeiterklasse um den Preis der Vereinerlichung der Arbeiterklasse zuzustimmen, sondern bedeutet kapitalistische Wirtschaftspolitik zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems zu treiben. Daher: Ablehnung aller Steuern, gleichviel, ob sie mehr oder minder progressiv nach oben gestaffelt sind.“ Hier unterbrach ihn lautes Lachen unserer Genossen. So, sagte er erregt, hier haben Sie unsere Ansicht. Wir bewilligen grundsätzlich keine Steuern, mögen doch die anderen sehen, wie sie zu Rande kommen. Dann ging er auf Rußlands Lage ein und behauptete, daß die Sowjetregierung durch die Verhältnisse zu ihrer jetzigen Handlungsweise gezwungen sei.

Nachdem noch einige andere Redner gesprochen hatten, erhielt der Referent das Schlusswort: „Ich freue mich“, sagte er, „daß die Kommunisten in Lenin und Krassin keine Verräter sehen, trotzdem sie Rußland den Kapitalisten wieder zu erschließen beginnen. Aber merkwürdig, in Rußland sind die Verhältnisse daran schuld, in Deutschland liegt es an unserem „höhen Willen“. So inkonsequent seid Ihr in allen Dingen. Auch wenn der Magistrat nur aus Kommunisten gebildet worden wäre, hätte die kommunistische Fraktion nach dem eben Gehörten keine Steuern bewilligt. Sie hätte genau so wie die U.S.P. den Etat abgelehnt, und daß die Bürgerlichen ihm nicht zugestimmt hätten, wäre ja selbstverständlich. Der mittellose Magistrat und mit ihm Berlin wären alsdann zum Begriffe der Unfähigkeit und Lächerlichkeit geworden. Die Regierung würde eine Zwangsverwaltung einsetzen, der Kredit der Stadt wäre ebenso erledigt wie das einseitige Groß-Berlin. Die Rot der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten in einem solchen Falle auszumalen, erübrigt sich. Die Enteignung der Enteigner, die Sie sich handgreiflich vorzustellen scheinen, hätte Euch in Berlin nicht mehr eingebracht, als dem Hölz in Mitteldeutschland. (Stürmischer Beifall.) Sozialismus ist nicht Gewalt, sondern friedliche Arbeit. Während Lenin die Verknüpfung aller Länder mit der Weltwirtschaft sehr wohl kennt, scheint diesen von Ihnen dafür noch kein Verständnis aufgegangen zu sein. Wir Mehrheitssozialisten versprechen keine goldenen Berge, wohl aber treue Pflichterfüllung im Interesse der Arbeiterschaft. Wer die Behauptung aufstellt, daß die Arbeiterschaft nur zu fordern habe, aber nicht zu fragen brauche, wo die Mittel herkommen, beweist, daß er ein verantwortungsloser Schwächer ist.“

In der jubelnden Zustimmung der Versammlung verhalte jeder Widerspruch.

Schon wieder ein Mord.

Die Folgen einer unglücklichen Ehe.

Die Mordtaten häufen sich in der letzten Zeit in so erschreckender Weise, daß es beinahe möglich wird, sie unter der Ueberschrift „Der lässliche Mord“ zu registrieren. Man kann geradezu von einer Mordepidemie sprechen. Noch schweben die Untersuchungen über die letzten Kapitalverbrechen, und schon wird wieder von einer neuen Bluttat berichtet.

Unter dem schweren Verdacht, seine Frau erschossen zu haben, ist der 41 Jahre alte Johann Reuh in der Siedlerkolonie „Dahlem“ an der Trabrennbahn in Mariendorf sowie sein 30 Jahre alter Sohn Herbert, von dem man annimmt, daß er um die Tat weiß oder an ihr beteiligt war, verhaftet worden. Die Tat wurde entdeckt, als Frauen der Kolonie die Ermordete zu einer Versammlung abholen wollten. Es wurde ihnen jedoch nicht geöffnet, und eine Nachbarin wußte von einem Streit zwischen den sehr unglücklich lebenden Eheleuten zu berichten. Der in der Versammlung anwesende Ehemann tat auf die Frage, wo seine Frau sei, ganz verwundert und begab sich mit den Frauen nach seiner Behausung. Als geöffnet wurde, fanden die Eintretenden Frau Reuh tot auf dem Sofa liegen. Der Ehemann blieb dabei ganz ruhig. Die Tempelhofer Kriminalpolizei wurde sogleich von dem Zeichen-

fund in Kenntnis gesetzt. Diese erschien kurz vor 10 Uhr abends und machte folgende Feststellungen: Der tödliche Schuß stammt aus einer Rauferpistole, die zu Füßen der Toten auf dem Erdboden lag. Die Kugel war in die rechte Schläfe eingedrungen, hatte den Kopf durchschlagen und war dann gegen ein Wäschepind gesessen. Die tote lag fertig zum Ausgehen in einem Kostüm auf dem Sofa. Die linke Hand war mit einem Handschuh befestigt. Die rechte Hand, deren Finger ausgepreizt waren, hing vom Sofa herab. Die Lage der Leiche, deren Tod ein inzwischen eingetroffener Arzt aus Mariendorf festgestellt hatte, ließ schon auf ein Verbrechen schließen. Bei einer genaueren Untersuchung wurden dann noch Blutspuren gefunden, die durch die ganze Wohnung gingen und sogar nach dem Hausflur führten. Der Ehemann hatte wahrscheinlich versucht, sie durch Aufwischen zu beseitigen. Die Verhafteten wurden heute eingehend vernommen. Die Tat scheint in den Zwistigkeiten zwischen den Eheleuten, die in Scheidung lagen, ihren Grund zu haben.

Der Raubmord in der Weihnachtsnacht.

Wegen schweren Raubes mit Todeserfolg hatten sich der Schlosser, jetzige Bergarbeiter Herbert Bruchmann aus Belsenkirchen und der Möbelträger Karl Abendroth, ferner wegen Anstiftung bzw. Beihilfe der Kraftfahrer und jetzige Bergarbeiter Erich Böhls, der Schlosser Arthur Köhler und der Kraftfahrer Konrad Boguschewski vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu verantworten.

Der Angeklagte Böhls hatte erfahren, daß der in der Krausnickstraße wohnhafte Kaufmann Henschke, ein Junggeselle, in seiner Wohnung große Geldsummen bewahre. Er suchte den Plan, Henschke in seiner Wohnung zu überfallen, mit Äther zu betäuben und zu berauben und wußte den Angeklagten Bruchmann zur Teilnahme an der Ausführung des Planes zu bewegen; er selbst wollte sich an dem Raub nicht beteiligen, da er fürchtete, daß der Verdacht sehr bald auf ihn fallen könnte. Er reiste dann mit Bruchmann nach Berlin, und Bruchmann suchte hier einen Tatgenossen, den er in dem Angeklagten Abendroth fand. Boguschewski hatte eine Beteiligung abgelehnt, er sorgte aber für die Herbeischaffung einer Keilhebelzange, der Angeklagte Köhler lieferte das Einbruchswerkzeug. Die Verbrecher gingen dann am Abend des 25. Dezember nach dem Hause Krausnickstr. 23, das gerade verriegelt werden sollte, öffneten die Wohnungstür des Henschke und drangen so in die Wohnung, die sie von innen wieder verriegelt. Dann warteten sie bei Schokolade und Zigaretten, die sie dort vorfanden, auf Henschkes Rückkehr. Als Henschke nachts heimkehrte, wurde er gepackt und getäubelt. Man steckte ihm in roher Weise zwei Taschenmesser in den Mund, betäubte ihn mit Äther und legte ihn auf die Erde. Sodann machten sich die Mordgesellen an den Raub und erbeuteten Sachen im Werte von etwa 6000 M. Unbemerkt entkamen sie und feierten die Tat mit ihren Spiegelgläsern durch eine üppige Kneiperei. Der Raub wurde geteilt. Henschke verstarb unmittelbar nach der Tat an Erstickung.

Die Entdeckung der Täter war einem sonderbaren Zufall zu verdanken. Bruchmann hatte sich von Böhls einen Hut geliehen und diesen, da er blutbespitzt war, am Latore unvorsichtigerweise zurückgelassen. Dieser Hut wurde zum Verräter. Er trug nämlich eine Einlage aus zusammengefügtem Zeitungspapier, auf dem zufällig der Name Bathe stand. Dieser Bathe wurde aufwindig gemacht und von diesem führte die Spur zu Böhls und dann zu den übrigen Angeklagten.

Das Urteil lautete gegen Bruchmann auf 15 Jahre, gegen Abendroth auf 13 Jahre, gegen Böhls auf 12 Jahre 6 Monate Zuchthaus und Ehrverlust, gegen Köhler auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und gegen Boguschewski auf Freisprechung.

Hausbruch 9 Uhr abends.

Aus dem Polizeipräsidium wird amtlich folgendes mitgeteilt: Nachdem der Magistrat die Beleuchtungseinschränkungen der Kriegszeit vom 12. Dezember 1917 aufgehoben hat, tritt der § 7 der Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1916 wieder in Kraft, nach dem die Entnahme von Gas und Elektrizität bis 9 Uhr abends erfolgen darf. Infolgedessen empfiehlt das Polizeipräsidium den Berliner Hausbesitzern, den Hausbruch auf 9 Uhr abends zu verlegen und damit den Bedürfnissen der Großstadt wieder gerecht zu werden.

Warnung!

Die Nummer 461 vom Freitag, den 30. September (Morgenausgabe) enthielt ein in späten Abendstunden ausgegebenes Inserat, in welchem Kartoffeln aus Hannover der Zentner mit 30 M. frei Empfangsstation angeboten wurden. Bei Bestellung sollten für den Zentner 10 M. vorher eingeliefert werden. Auf unsere sofortige Nachfrage in Hannover erhielten wir von unserem dortigen Parteigenossen die Antwort, daß Kartoffeln nicht für den genannten Preis zu haben sind. Wir empfehlen daher allen Respektanten, keine Vorauszahlung zu leisten, sondern die Kartoffelrechnung erst nach Eintreffen der Kartoffeln zu begleichen. Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Zum Fall Rahardt wird von dem Rechtsbeistande des Kaufmanns Erich Rahardt mitgeteilt, daß der Sohn Erich des bisherigen Präsidenten der Handelskammer Rahardt nicht flüchtig geworden ist. Er hat Berlin nicht verlassen. Seine Adresse ist den Behörden bekannt und ein Haftbefehl ist gegen ihn nicht ergangen.

Der Fremdenverkehr Groß-Berlins übertraf im September mit 127.332 Gästen den vorausgegangenen 31stägigen August im Tagesdurchschnitt noch um ein Geringes. Die sehr ausfallige Erscheinung des zunehmenden Ausländerbesuches hat sich im September noch erheblich gesteigert. 19.782 Ausländer verzeichnet die amtliche Statistik, also mehr als 16 Proz. des Gesamtfremdenverkehrs, ein Prozentfuß, der vordem auch annähernd noch in keiner deutschen Stadt und früher kaum in irgendeinem internationalen Badeort erreicht worden ist. In erster Stelle erscheinen wieder die skandinavischen Länder mit insgesamt 7766 Gästen.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

4. Abt. (früher 15). Die Vorstandssitzung fällt infolge der Kreisvorstandssitzung aus und findet erst am Donnerstag im freien Lokal statt.

5. Abt. (früher 4.). Die Funktionäre werden gebeten, heute Dienstag abend 11 Uhr im 10. Ufer bei Rixdorf, Steinmetzstr. 36, das Propagandamaterial für die Frauenversammlung abzuholen.

Morgen, Mittwoch, den 5. Oktober:

32. Abt. (früher 16.). 7 1/2 Uhr bei Saudek, Währerböcker Str. 5: Funktionärsversammlung und Wahlleiter müssen erscheinen.

36. Abt. (früher 20.). 7 1/2 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Rixdorf, Rixdorfstr. 24.

53. Abt. (Charlottenburg). Für die Mittwoch, den 5. d. M., angelegte Versammlung findet erst am Donnerstag statt.

62. Abt. (Steglitz). 8 Uhr Vorstandssitzung bei Ciermas, Däpplerstr. 7. Erscheinen aller dringend erforderlich.

123. Abt. (Weißensee). 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant „Berliner Hof“, Barnackenstr. 1. Thema: „Stellungnahme zum Görlitzer Parteitag.“ Referent: Theodor Fischer.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: SM. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Wpl. 121 05-16.

Treptow. Käthe! Jugendgenossen! Alle Dienstag-Veranstaltungen fallen in diesem Monat noch aus.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vand religiöser Sozialisten. Mittwoch, den 5. Okt.: Öffentliche Versammlung in der Aula der Realh. Schulh. Währerböcker Str. 5. Tagesordnung: Das apostolische Glaubensbekenntnis und der moderne Mensch. Ref.: Schriftsteller Dr. u. Stadtm. Die Strengreligiöse Gesellschaft Stolte-Herzog vom 1889 eröffnet am Mittwoch, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Oberrealh. Schulh. Währerböcker Str. 5, einen Vortragskreis für Damen, Herren und Kinder. Anmeldungen in der Schulh.

Gewerkschaftsbewegung

Aus der feinkeramischen Industrie.

Der bisher geltende Tarifvertrag für die feinkeramische Industrie (Manteltarif und Lohnabkommen) war zum 30. September gekündigt worden. Vom 19. bis 24. September wurde in Offenbach über den Abschluss eines neuen Vertrages verhandelt. Von beiden Seiten lagen Entwürfe vor. Zum Lohnabkommen hatten die Arbeitnehmer einen formulierten Antrag gestellt, enthaltend die neuen Lohnsätze für die Zeitarbeiter, geteilt nach Orts- und nach Altersklassen, sowie die neuen Sätze für die Akkordarbeiter und -arbeiterinnen. Gleichzeitig forderten die Arbeitnehmer eine Teuerungszulage für die Zeit vom 15. August bis 30. September in Höhe von 200 bis 600 M., je nach der Altersklasse.

In den langwierigen Verhandlungen konnte leider keine Verständigung erzielt werden. Die Arbeitgeber planten eine Reihe Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Zustand im Manteltarif, während die Arbeitnehmer unbedingt notwendige Verbesserungen mit aller Fähigkeit verweigerten. Doch wären daran die Verhandlungen nicht gescheitert, wenn es in der Lohnfrage eine Verständigung geben konnte. Es kam zwar zur Übereinstimmung darüber, um allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, den bisherigen Manteltarif unverändert noch ein halbes Jahr gelten zu lassen, wenn die Lohnfrage in einer die Arbeitnehmer berücksichtigenden Weise geregelt würde. Diese Voraussetzung wurde jedoch hinfällig. Es war z. B. für die Facharbeiter im Alter über 24 Jahre, die im Zeitlohn beschäftigt werden, in der Ortsklasse Groß-Berlin ein Stundenlohn von 7,92 M. gefordert, für die letzte Ortsklasse ein solcher von 6,10 M. Zugestanden wurde als äußerstes Angebot der Arbeitgeber ein Stundenlohn für Groß-Berlin von 6,53 M., für die letzte Ortsklasse von 4,62 M. Für die Akkordarbeiter wurde eine Akkordbasis für Facharbeiter in Groß-Berlin von 9,90 M. gefordert, für die letzte Ortsklasse von 7,62 M. Zugestanden wurden 8,15 M. bzw. 5,77 M. Für ungelernete Arbeiter wurde in den gleichen beiden Orts- und Altersklassen ein Stundenlohn von 7,68 M. bzw. 5,90 M. verlangt, zugestanden 6,28 M. bzw. 4,39 M. Im gleichen Verhältnis bewegten sich die Forderungen und Zugeständnisse für die Arbeiterinnen.

An Stelle der geforderten Teuerungszulagen in Pauschalbeträgen sollten nur solche in Höhe von 10 und 15 Proz. der Verdienste für die Zeit vom 1. bis 30. September gewährt werden. Das Lohnabkommen sollte bis zum 31. Dezember d. J. gelten. Nachdem die Arbeitgeber das Angebot der Arbeitnehmer als ungenügend abgelehnt, letztere aber erklärten, ihr Angebot stelle das Maximum dar, was geboten werden könne, mußten die Verhandlungen als gescheitert betrachtet werden.

Damit ist für die gesamte Arbeiterchaft der feinkeramischen Industrie im Deutschen Reich eine tariflose Zeit herangebrochen. Die feinkeramische Industrie ist eine der wenigen, die ihre Rohstoffe nur in ganz geringem Umfang vom Ausland beziehen muß und die aus verhältnismäßig billigen Rohstoffen hochwertiges Erzeugnisse herstellt. Wie diese Umstände lassen die feinkeramische den Kapitalisten als ein lukratives Geschäft erscheinen.

Die Unternehmer haben das Reichsarbeitsministerium als Vermittler angerufen. Ob es dort zu einem anderen Resultat kommt, muß abgewartet werden.

Provokation der streikenden Holzarbeiter.

Am Freitag morgen hatten die streikenden Tischler eine Versammlung in der „Neuen Welt“, die von 6000 bis 7000 Streikenden besucht war. Die Versammlung, die zufällig zur gleichen Stunde tagte, in der das Schiedsgericht im Demobilisationsamt beriet, nahm einen durchaus ruhigen Verlauf. Der von Boese erstattete Bericht wurde mit großem Beifall aufgenommen und einstimmig befandeten die Streikenden ihren Willen, auszuweichen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Eben sollte die Versammlung geschlossen werden, da machte sich in der Nähe der Eingangstür Unruhe bemerkbar: „Die Schupo ist im Hause!“ wurde gerufen.

Der dem Eingang zum Versammlungssaal stand ein großes Aufgebot schwer bewaffneter Schupo-Leute. Sie waren die Nacht für einen eben in den Hof gefahrenen Möbelwagen der Firma Grohschus. Um die Provokation zu beseitigen, führte das Schupo-Kommando noch ein leeres Lastauto mit, auf dem die zu machenden Gefangenen weggeführt werden sollten. Einer der Streikenden war auch schon auf dieses Gefährt hinaufgeklommen worden; er wurde aber später, nachdem er sich legitimiert hatte, wieder entlassen.

Die Streikenden bewahrten ihre Disziplin auch dann noch, als der übergründliche Schupoemann auf dem Gefangenenauto einen Schuß in die Menge abgab. Bei alledem muß dem Führer der Schupoabteilung die Anerkennung gezollt werden, daß er die Situation richtig beurteilte. Sehr bald trat Beruhigung ein, als der beladene Möbelwagen vom Hofe heruntergerollt wurde und der ganze Troick, Möbelwagen und leeres Gefangenenauto, unter dem Schuß der Schupo wieder dahin abjag, woher er gekommen war.

Der Provokateur war der Obermeister Borsdorf, der als der Führer des Unternehmens auftrat. Wenn er schon den Möbeltransporteur spielen und Streikarbeit in der „Neuen Welt“ abliefern will, dann hätte ihm ein wenig Ueberlegung sagen müssen, daß das nicht ausgerechnet zu der Zeit versucht werden darf, wo die Streikenden dort eine Versammlung halten. Oder lag es in seiner Absicht, die Streikenden einem Überfall zu unterziehen, um damit das wackere Schiff der vereinigten Verbände wieder flott zu machen?

Der Leitung der Schupo wäre übrigens zu empfehlen, etwas vorsichtiger zu operieren.

Ratschläge für kaufmännische Lehrverträge.

1. Ehe man einen Lehrvertrag abschließt, erkundige man sich beim Sekretariat für die kaufmännische Jugend, Belle-Alliance-Straße 7/10, welcher Tarifvertrag für die betreffende Branche in Frage kommt.
2. Wer für die Zukunft seiner Kinder besorgt ist, darf nur die Bestimmungen des Tarifes als Grundlage des Lehrvertrages wählen. Das gilt insbesondere für Gehalt und Urlaub. Die Dauer der Lehrzeit muß möglichst kurz bemessen sein.
3. Die Bestimmungen des Vertrages, die Gehalt und Urlaub regeln, sollen ungefähr folgenden Wortlaut haben: „Der Lehrherr zahlt dem Lehrling eine monatliche Vergütung nach dem für die Branche gültigen Tarif. Als Branche wird festgelegt. Dem Lehrling wird jährlich ein Urlaub nach den Bestimmungen des Tarifes gewährt. Der Urlaub muß auf Wunsch des Lehrlings in die Schulferien fallen.“
4. In dem Lehrvertrag muß enthalten sein, daß der Lehrherr sich verpflichtet, den Lehrling zum Besuch von Fach- oder Fortbildungsschulen anzuhalten und die Kosten für die Beschaffung der Lehrmittel sowie das Schulgeld zu tragen.
5. In allen Fällen höre man sich Rat und Auskunft über die Firma beim Zentralverband der Angestellten. Das Jugendsekretariat ist geöffnet täglich von 10 bis 3 Uhr, auch Montags und Freitags von 5 bis 7 Uhr, Sonnabends von 10 bis 1 Uhr.

Aus der schwarzen Priegnitz.

Die „Rote Fahne“ hat in ihrer Nr. 406 vom 3. September 1921 die Nachricht verbreitet, daß in der am 28. August auf Veranlassung des Gewerkschaftsartikels Wittenberge stattgefundenen gemeinsamen Sitzung der Ortsausschüsse der Priegnitz der einstimmige Beschluß gefaßt worden sei, daß in Zukunft die Lohnbewegungen und Streiks im Bezirk einheitlich, d. h. unter Zusammenfassung der verschiedenen Bezirke geführt werden sollen. Diese Maßnahmen sollen eventuell selbst gegen den Willen des ADGB durchgeführt werden. Die „Rote Fahne“ knüpft weiter daran die Bemerkung, daß dieser Beschluß um so bemerkenswerter sei, als vier Fünftel der Delegierten der SPD. und USPD. angehören. Er zeige eben, daß alle Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, mit der jetzigen Führung der Lohnbewegungen durch den ADGB. im höchsten Grade unzufrieden seien. Bedauerlicherweise haben Gewerkschaftsblätter auf Grund dieser Ratik in der „Roten Fahne“ scharfe Kritik an dem Verhalten der Priegnitzer Gewerkschafter geübt. Der „Proletarier“ bezeichnete diesen Beschluß als eine Kinderlei.

Auch die Priegnitzer Gewerkschafter sind sich klar darüber, daß ein derartiger Beschluß nichts anderes als Kinderlei bedeutet. Es steht aber fest, daß ein solcher Beschluß nur im Hirne des kommunistischen Berichterstatters gespielt hat, der ihn als Tatsache der „Roten Fahne“ meldete, die selbstverständlich freudig einen kommunistischen Ideensieg daraus machte. Die Priegnitzer Gewerkschafter haben sich von jeher bemüht, nach streng gewerkschaftlichen Grundfätzen zu handeln. Für Gewerkschaftsjerfplitterer ist in der Priegnitz kein Boden.

Gescheiterte Verhandlungen in Höchst a. M.

Ueber die Wiederaufnahme der Arbeit in den Betrieben der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron, der Farbenfabrik Höchst und der Vereinigten Kunstseidefabriken in Kellertbach wurden zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und den Vertretern der Gewerkschaften folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Die Verhandlungsparteien erkennen an, daß für die chemische Fabrik Griesheim-Elektron in Griesheim am Main der Reichstarif der chemischen Industrie und das Bezirkslohnabkommen der chemischen Industrie (Sektion 7) maßgebend sind.
2. Die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter und Arbeiterinnen erfolgt nach Maßgabe an Bedarf und nach freiem Ermessen der Werkleitungen.
3. Die auf Grund dieser Vereinbarungen wieder einzustellenden Arbeiter und Arbeiterinnen werden in die aus ihrer bisherigen Dienstzeit sich ergebenden Rechte wieder eingegliedert.
4. Jede Entschädigung für nicht geleistete Arbeit wird abgelehnt.

Die Abstimmung der Belegschaft in Griesheim-Elektron über diese Vereinbarungen ergab, daß 236 Stimmen dafür, aber 1202 Stimmen dagegen waren. 27 Stimmen waren unglücklich; allerdings haben nur 60 Proz. der früheren Belegschaft an der Abstimmung teilgenommen. Die Belegschaften in Höchst und Kellertbach werden über die Vereinbarungen morgen oder übermorgen abstimmen.

Dem Beispiel der Stadt Höchst folgend, haben die Ortschaften Rid und Hofheim Hilfsmaßnahmen zugunsten der Ausgesperrten getroffen. Die Gemeinde Rid bewilligte vorläufig 100 000 M., wovon die Beherateten pro Woche 100 M. und weitere 25 M. für jedes Kind unter 14 Jahren erhalten. Die Bedigen sollen mit 75 M. pro Woche unterfüttert werden. In Hofheim sind von den städtischen Körperschaften 50 000 M. für Kostfahndarbeiten der Farbwerkarbeiter bewilligt worden. Außerdem sollen den bei diesen Arbeiten nicht beschäftigten bedürftigen Beherateten und Bedigen aus Stadtmitteln die Sätze der Erwerbslosenfürsorge bezahlt werden.

Einigung bei den Woch- und Schließgesellschaften. Eine Vollversammlung der Angestellten bei den Woch- und Schließgesellschaften nahm am Sonnabend im Gewerkschaftshaus Stellung zu dem vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch. Wilschberger berichtete über die gepflogenen Vorkonferenzen und den Spruch, der den Wächtern eine Lohnzulage von 230 M. zubilligt. Die Separatwächter sollen statt 810 M. jetzt 1100 M. erhalten. Oberwächter 1125 M., Kontrollwächter 1175 M. Die Forderung, statt drei freie Nächte im Monat nunmehr vier zu gewähren, wurde abgelehnt. Auch in den sonstigen Punkten bleibt es bei den Bestimmungen des alten Tarifs. Die Wirtschaftsgenossenschaft hat zwar noch nicht bewilligt, jedoch erklärt, dazu bereit zu sein, sobald die Berliner Woch- und Schließgesellschaft den neuen Tarif unterzeichnet habe.

In der Aussprache machte sich zwar eine starke Unzufriedenheit mit dem Erreichten geltend, doch wurde bei der Abstimmung der Schiedspruch mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der Werftarbeiterstreik in Bremen beendet. Der seit sieben Wochen dauernde Streik bei der Weser-L.-G. wurde mit großer Begeisterung beendet. Die Besprechungen mit der Werksdirektion begannen heute; die Arbeit wird morgen aufgenommen.

Der Zechenverband in Essen und die Angestelltenorganisation haben sich geeinigt.

Zum Streik in Nordfrankreich. Die Bürgermeister der vom Streik betroffenen Städte haben sich gestern nachmittags versammelt, um die Frage der Arbeitseinstellung zu besprechen. Es hat den Anschein, daß der Streik noch lange dauern wird. Gestern hat die Fortsendung der Kinder begonnen. Etwa 100 Kinder aus Roubaix und Tourcoing werden heute in Paris erwartet, wo sie unter Arbeiterfamilien verteilt werden.

In Paris streiken etwa 20 000 Bauarbeiter.

Zentralverband der Angestellten. Mittwoch: Glas und Keramik. Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr. Donnerstag: Holz. Mitgliederversammlung 8 1/2 Uhr. Freitag: Textil. Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr. Samstag: Metall. Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr. Sonntag: Papier. Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr. Neue Philharmonie, Spandauer Str. 96/97.

Wirtschaft

Warenpreise und Valuta.

Die Verschlechterung der deutschen Valuta konnte auf die Entwicklung der Warenpreise nicht ohne Einfluß bleiben. Bei der starken Abhängigkeit des deutschen Warenmarktes vom Weltmarkt, bei dem starken Bedarf an ausländischen Rohstoffen und Lebensmitteln und bei der Wichtigkeit des Exportes ist es unvermeidlich, daß die Erhöhung der Weltmarktpreise durch eine verschlechterte Valuta auch auf den Inlandmarkt zurückwirkt, zumal auf den weitesten Gebieten die Zwangsbewirtschaftung aufgehoben ist. Die Preischwankungen werden zunächst im Großhandel wirksam. Nach den Indizes der „Frankfurter Zeitung“, die die Großhandelspreise von 77 Waren umfassen, sind — die Preise vom 1. Januar 1920 = 100 gesetzt — die Großhandelspreise von Anfang September bis Anfang Oktober von 166 auf 184, also um 18 Punkte gestiegen. Sie übersteigt damit alle Berechnungen früherer Teuerungsperioden beträchtlich. Wurde doch die Wechsler des 1. Mai 1920 mit 156, die des 1. Dezember vorigen Jahres mit 153 ermittelt. Erst seit Anfang August dieses Jahres sind diese Preise überholt.

Die Großhandelspreise sind damit nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ auf den 20fachen Stand der Vorkriegszeit gelangt. Da noch immer keine Anzeichen einer Besserung der deutschen Valuta zu merken sind, ist auch im Kleinhandel mit einer weiteren Erhöhung der Preise zu rechnen. Die Großhandelspreise pflegen ja der allgemeinen Preisentwicklung vorauszuweisen. Es kommt hinzu, daß, nachdem vor allem die Auslandswaren sich verteuert haben, auch auf dem Markt der inländischen Produkte Preissteigerungen bevorstehen. So ist z. B. mit Einsetzen der freien Wirtschaft auf eine Erhöhung der Zuckerpreise zu rechnen.

So schreitet die Teuerung fort, obwohl die preiserhöhenden indirekten Steuern, die von der Regierung geplant werden, noch gar nicht in Kraft getreten sind. Die Arbeiterchaft wird sich auf diese Entwicklung einstellen müssen.

Aus der Montanindustrie.

Die Montanindustrie, die sich im letzten Jahre fortgesetzt über den schlechten Geschäftsgang beklagt hatte, kehrt jetzt mit dem Abschluss der Phönix-L.-G. den Beweis, daß das Gegenteil davon zutrifft. Die Phönix-Bergbau-L.-G. kann nicht nur ihre Dividende von 20 auf das heute immerhin nicht übertriebene Maß von 25 Proz. heben, sondern, ihr bleiben noch rund 80 Millionen für Rücklagen, wovon nach den üblichen Abschreibungen 48 Millionen auf dem Wertberhaltungsfonds zugute kommen. Dieses Ergebnis wurde erzielt in einer Zeit, die nach schwerindustriellen Begriffen an Geschäftskille litt. Inzwischen ist infolge des Niederganges der Valuta eine Hochkonjunktur auch für die Montanindustrie eingetreten, über die sich auf der Generalversammlung des Lothringer Hütten- und Bergwerksvereins der Leiter des Konzerns Peter Kisdner interessanter aussprach. Er stellte einen steigenden Bedarf des Auslandes fest und betonte, daß die augenblickliche Bewegung nicht mehr als eine rasch vorübergehende Scheinkonjunktur anzusehen sei. Die Dauer der Konjunktur siehe und falle mit der Bewegung der Welt. Ein Steigen der Welt, das noch weit im Felde liege, werde eine Katastrophe von nie gekannter Ausdehnung und großer Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Aus diesen Ausführungen Peter Kisdners spricht ein Pessimismus über die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie, der seinesgleichen sucht. Wenn die deutsche Schwerindustrie auf dem Standpunkt angelangt ist, daß sie nur bei einem erheblichen Valutabump und bei künstlich niedrig gehaltenen Wöhnen produzieren kann, so ist das die Bantrouille des privaten Kapitalistischen Systems. Wir sind nicht gewohnt, die Versicherungen der Interessenten vor ihren Aktionären allzu tragisch zu nehmen. Aber die Industrieführer sollten zum mindesten dem Ausland gegenüber etwas vorsichtiger sein. Die Gefahr, daß das Ausland gegen die Einfuhr deutscher Waren Schutzmaßnahmen trifft, besteht unvermindert fort. Sie können nur unwirksam gemacht werden dadurch, daß sich die Industrie in allererster Linie auf dem Export umstellt und unersetzlicher Qualitätswaren stellt. Wenn es aber schon soweit ist, daß sich die deutsche Schwerindustrie bei wirklich freier Konkurrenz auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig erklärt, so könnte man daraus leicht den Schluß ziehen, daß das Unternehmertum gänzlich abgewirtschaftet hat — eine Auffassung, die viel für sich hat. Wir zweifeln aber, daß Herr Kisdner sie uns bestätigen möchte.

Verandt, für den redakt. Teil: Dr. Werner Vetter, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Grotz, Berlin. Verlag: Reichsdruckerei G. m. b. H., Berlin. Druck: Reichsdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 3.

Schlechtsitz, Korsett
werden nach jeder Figur, passend unter Garantie, tadelloso umgearbeitet
Reparaturen, Aenderung, u. Korsettwäsche
Jezt. Art übernimmt u. führt äußerst preisw. aus
Korsettfabr. Rich. Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treskow-Allee 93
2. Geschäft: Bin.-Lichtentbg., Neue Bahnhofstr. 36
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124B

Bestellz. Berl. 14. Wkt.
Am 29. Sept. ver-
nach unser Genosse
Pletsch
Ehre seinen Andenken!
Die Einlieferung fin-
det morgen, Mittwo-
ch, mitt. 12 Uhr, im Krem-
atorium Gerichte, statt.
Nahle. Betellig. ermt.
Die Abstellungsetzuna

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehende
Trauringe
1 Trauring, Duk. gold v. 75 M. an
1 Trauring, Duk. gold
(schwere Ausführung) 260 M.
1 Ring, 585 gest. v. 65—100 M.
1 Ring, 333 gest. v. 30—100 M.
Garantiesch. l. gesetz. Goldsch.
Ankauf von Gold-, Silber-, Platinbruch
infolge Selbstverwertg. z. denkb. günstigen Preisen
Brillanten z. Auslandskurs.
H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30.
Teleph. Nordsee 1034

Märzensammlung
Platin
Gold-, Silberbruch
Zahngelisse
(pro Zahn M. 10.—)
kauf z. rechtl. Tagespreis
Lemberg
Neukölln, Bergstr. 140
Eingang Goethestraße
im Laden: tägl. v. 9—7
Fahrgeld wird vergütet
ohne Abzug!

Dr. Hoffbauers ges. gesch.
Entfettungs-Tabletten
Vollkommen unschädlich u. erfolgreiches Mittel bei
Korpulenz u. Fettigkeit
ohne Einhalten einer Diät. Keine stark wirken-
den Arzneimittel, keine Schilddrüse enthaltend.
Nicht abführend. — Leicht bekömmlich.
Gratis Broschüre versendet auf Wunsch
Elefant-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 74
(Dönhofsplatz). — Amt Zentrum 7192.

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert f. gut. Sit u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermeister
Neukölln, Ringbahnstraße 88 ☎ Tel. 909
Lieferant für höchste Staatsbeamten.
Wiele Anerkennungen u. Dankschreiben. 1208*

Semmler & Bergberg A.G.
Berl. i. N. 2/14
erde
löfen
Kamine
Lagerbestände

Kreuz-, Silber-, Zohelfüchse
von 175 Mark an
Oranienstraße, Ecke Prinzessinnen-
straße 14, am Moritzplatz.

GOLD-
Silber-
Platin-
Silber-Zentrale
Goitzkowskystr. 13

Metall-Bettstellen
Kinderwagen, Bett-
federn, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 38
Ecke Mahlower Str.
Fabr. f. Ruhehoff, Auf-
legematr. u. Feldbetten

Zähne von B. M. Teilzahlg. 31. Gar. Kronen 18 M.
an Zahm. m. Einspr. h. schmerzlos.
an Umarb. schlechts. Geb. Rep. sof.
Zahn-Arzt Dr. Wolf Potsd. Str. 35, Hochb.-St. Spr. 9-7